

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichungen nehmen die Anzeigen und die Anzeigen die Postzustellung entgegen. — Erscheint wöchentlich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Veröffentlichungen der Anzeigen nehmen die Anzeigen die Postzustellung entgegen. — Erscheint wöchentlich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1900

Nr. 194

Sonntag, den 19. August 1928

23. Jahrgang

Gegen eine Regierungskrise!

Noch immer der Panzerkreuzer

Die sozialistischen Wähler können es nicht begreifen, daß ihre besten Männer, nachdem sie Mitglieder des Kabinetts geworden sind, sozusagen mit einem schlichten Federzug ihre früheren Bekenntnisse in der Panzerkreuzerfrage durchstreichen und die Millionen bewilligen, die sie bisher mit großem Ueberzeugungseifer verweigert hatten. Ein großer Teil der sozialistischen Presse wiederholt jeden Tag das Urteil: „Eine Entschädigung für solche Gesinnungsschwäche gibt es nicht!“ Nun wäre es wohl möglich, wenn auch nicht wahrscheinlich, daß die sozialistische Reichstagsfraktion demnächst ihre Minister aus dem Kabinett abberuft und damit eine neue Regierungskrise herbeiführt. Das wäre möglich, aber nicht wahrscheinlich. Denn mit einer solchen Maßnahme würde sie nicht nur ihre besten politischen Kräfte für die nächste Zeit kassieren, sie würde obendrein wieder die Reichsregierung zurecht zimmern, gegen die sie ihren Wahlkampf geführt hat und die natürlich den Bau des Panzerkreuzers auch nicht verhindern würde.

Die Meinung des Zentrums.

Die „Germania“ (Zentrum) beschäftigt sich in ihrer gestrigen Abendausgabe mit der Panzerkreuzerfrage. Das Blatt schreibt:

„Die Haltung der sozialdemokratischen Reichsminister in der Frage des Panzerkreuzers hat in der sozialdemokratischen Partei eine Erregung ausgelöst, die einen Unsicherheitsfaktor darstellt, der leicht zu folgenschweren Ueberrassungen führen kann. Es wird Sache der Sozialdemokratie sein, zwischen dem nun einmal Geschehenen und den Aufgaben der Zukunft den notwendigen Ausgleich zu finden. Darauf allein kommt es an. Die jetzige Reichsregierung und ihre politische Arbeit sollte die Basis vorbereiten, auf der mit festerer Bindung und mit festerem Zusammenhalt die große Koalition zu gegebener Zeit herbeizuführen wäre.“

Weg mit der Sureté

Frankreichs Wirtschaftsspionage

Schon vor einiger Zeit waren Nachrichten aufgetaucht nach denen die französischen Besatzungsbehörden im Rheinland sich eifrig bemühen sollten, Betriebsgeheimnisse großer industrieller Unternehmungen im besetzten Gebiet zu erforschen. Man sprach bereits damals davon, daß diese Wirtschaftsspionage dem französischen Geheimdienst angegliedert sei und daß für die Industrie- und Handelsespionage in Mainz, der Zentrale des französischen Spionagedienstes in den Büros der Sureté eine besondere Abteilung bestünde. Es wurde auf das Bestimmteste versichert, daß die französische Geheimpolizei sich nicht darauf beschränke, nach geheimen Protokollen des Stahlwerks, des Reichsbankens und ähnlicher Organisationen zu suchen, sondern daß sie darüber hinaus einen sehr umfangreichen Spionagedienst eingerichtet hätte, um die Betriebsgeheimnisse der großen Werke im besetzten Gebiet zu erlangen.

Nunmehr werden diese Angaben bestätigt durch eine Darstellung, die die „Städtische Zeitung“ gibt, und aus der zu entnehmen ist, daß die Industrie-Espionage sich nicht nur auf das besetzte Gebiet erstreckt, sondern auch auf das unbesetzte Gebiet übergreift. Vor allem kam es den Franzosen darauf an, die Geheimnisse der J. G. Farben-Industrie zu ergründen, wobei man sich keineswegs auf die Werke Ludwigshafen und Höchst beschränkte, sondern sich beinahe noch mehr für die Werke in Beverungen und in Deuna bei Merseburg interessierte. Aus den Feststellungen ergibt sich weiter, daß diese Espionage von Paris aus geleitet wurde, und zwar kam regelmäßig eine den deutschen Agenten gegenüber unter falschem Namen auftretende Persönlichkeit, die in Paris ihren Wohnsitz hat, in die Industriezentren am Rhein, um die Berichte und Zeichnungen der gefohlenen Betriebsgeheimnisse in Empfang zu nehmen, das Material auf seine Verwendbarkeit für die französische Industrie zu prüfen und auch, um die Bezahlung zu regeln. Welchen großen Wert die Espionage gerade auf das Auslandsverhalten der Betriebsgeheimnisse in Deuna legt, ergibt sich unter anderem aus der Äußerung eines Sureté-Beamten, der auf die Frage eines deutschen Agenten erklärte, es bestünde gerade für das Werk Deuna besonderes Interesse und es komme der französischen Espionage vor allem darauf an, in Deuna Spione zu gewinnen,

Diese ist und bleibt die Koalition, die Sinn und Aufgabe des neuen Reichstages am ehesten erschöpft. Diesem Reichstage ist zudem in Anbetracht der großen innen- und außenpolitischen Aufgaben, die vor uns liegen, die Verpflichtung auferlegt, sich durch Stabilität der Regierung und Festigkeit der Regierungsmehrheit eine der wesentlichen Chancen erfolgreicher Arbeit zu verschaffen. Es sollte daher auch der Sozialdemokratie möglich sein, die Auseinandersetzung um den Panzerkreuzer auf jene Bedeutung zurückzuführen, die ihr in diesen größeren Zusammenhängen in Wirklichkeit zukommt.“

Sozialdemokratische Stimmen.

In der „Schwäbischen Tagwacht“, dem Landesorgan der württembergischen Sozialdemokratie, befaßt sich der Landtagsabgeordnete Dr. Schumacher mit der Haltung der sozialdemokratischen Reichsminister; er wendet sich dagegen, nun etwa Hals über Kopf aus der Regierung herauszutreten. Es sei politisch nicht möglich, schon beim ersten Zusammenstoß eine so groß angelegte Stellung zu räumen. Das würde der Sozialdemokratie als Mangel an Ernst in ihrer Regierungspolitik bis tief in die proletarischen Massen hinein angekreidet werden.

In der gleichen Nummer schreibt der Reichstagsabgeordnete Keil, es handele sich um einen Beschluß des alten Reichstages, dem rückgängig zu machen viel schwieriger sei, als einen noch nicht gefaßten zu verhindern. Das Wante nur mit Hilfe der Kommunisten geschehen, die aber für die Regierungsbildung nicht in Betracht kämen. Die Sozialdemokratie dürfe sich durch einen Austritt aus der Regierung nicht der Möglichkeit berauben, in Zukunft ähnliche Beschlüsse zu verhindern.

da in den Werken Oppau und Ludwigshafen der J. G. Farbenindustrie bereits eine genügende Anzahl von Agenten tätig sei.

Tatsächlich sind auf diese Art und Weise auch verschiedene Betriebsgeheimnisse aufgedeckt worden, als es im letzten Augenblick gelang, die geheimen Maschinen aufzudecken, wenngleich auch das erst möglich war, nachdem bereits einige Betriebsgeheimnisse in die Hände der Gegenseite geraten waren.

Würde es sich hier um einen einfachen Fall der Wirtschaftsspionage handeln, so würde das an sich schon schlimm genug sein. In diesem Falle aber muß unterstrichen werden, daß die Auftraggeber der deutschen Agenten Beamte der französischen Sureté sind. Sie haben meist sich durch briefliches Ersuchen an Arbeiter und Angestellte von Industrie-Werken herangemacht und sie für ihre Zwecke gewonnen oder zu gewinnen versucht. Auch an den Eingängen der Werke, auf der Straße und in den Kneipen haben sie ihre Fesselscheiter angeworben. Obwohl sich die betreffenden Arbeiter und Angestellten der Gemeinheit und Strafbarkeit ihrer Handlungswelt bewusst waren, ließen sie sich durch Drohungen, Einschüchterungen und Versprechungen zur Wirtschaftsspionage mißbrauchen.

Ihre Auftraggeber, die französischen Beamten der Sureté sind dabei als Angehörige der Besatzungsarmee der deutschen Justiz und dem Zugriff der Polizei entzogen, so daß es für die deutschen Behörden nicht möglich ist, die eigentlichen Auftraggeber zu fassen.

Mit Recht wird anlässlich der Aufdeckung der Wirtschaftsspionage im besetzten Gebiet mit großem Nachdruck die Befestigung der französischen Geheimpolizei, einer Einrichtung, die mit dem Rheinlandabkommen nicht in Übereinstimmung gebracht werden kann, gefordert. Dabei wird auch sehr nachdrücklich der Erwartung Ausdruck verliehen, daß die Befestigung der Geheimpolizei mit zu den Themen gehören wird, die Stresemann bei seiner Zusammenkunft mit den französischen Staatsmännern anknüpfte. Denn darüber kann natürlich gar kein Zweifel bestehen, daß

die Gefahren, die aus diesen amtlichen französischen Wirtschaftsspionage erwachsen, ganz außerordentlich groß sind. Tatsächlich werden ja nicht nur die Arbeitgeber, d. h. die Werke geschädigt, sondern in gleichem Maße auch die Arbeiterschaft selbst, weil naturgemäß die Schädigung der deutschen Volkswirtschaft durch die französische Wirtschaftsspionage zu einer Schwächung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie und damit auch zur Verminderung ihres Absatzes führt. So wird man der „Städtischen Zeitung“ recht geben müssen, wenn sie unter anderem schreibt:

„War schon bisher die Existenz der Sureté eine bedauerliche Belastung der ohnedies schwer beeinträchtigt deutschen Wirtschaft, so muß jetzt nach der vollkommenen Entdeckung der Sureté auch als Wirtschaftszentrale gefordert werden, daß die unverzügliche Entfernung der Sureté als Einrichtung — nicht etwa nur einzelner besonders belasteter Suretébeamten — auf diplomatischem rechtlichen Wege erreicht wird.“

Erfolgreicher Protest?

Befriedigende Erledigung der Angelegenheit Raffelsheim in Aussicht.

Die neuerlichen Schritte der deutschen Botschaft in Paris wegen des Bahnhofs Raffelsheim, dessen Weiterbau in den letzten Tagen zunächst unterbrochen worden ist, sollen ergeben haben, daß eine Reihe von Mißverständnissen zu der Entscheidung der Botschaftskorrespondenz geführt hätten. Daraus beruht auch der Widerspruch, der zwischen dieser Entscheidung und den Ankündigungen bestand, die der Reichsregierung eine positive Lösung in Aussicht gestellt hatten.

Wie verlautet, haben die neuen Bemühungen der deutschen Botschaft nun zu dem Ergebnis geführt, daß voraussichtlich doch eine neue Entscheidung erfolgt, die die Frage in einer Deutschland befriedigenden Weise regeln wird.

Stresemann fährt nach Paris.

Das französische Ministerium für auswärtige Angelegenheiten hat gestern die offizielle Mitteilung erhalten, daß Reichsaußenminister Dr. Stresemann nach Paris kommen wird, um Deutschland bei der Unterzeichnung des Kriegsschlichtungspaktes zu vertreten. Als Tag der Abreise soll der 25. August vorgesehen sein.

Was geht in Paris vor?

Einberufung des französischen Ministerrats für den 23. August?

„Matin“ bestätigt eine von einer in Paris erscheinenden amerikanischen Zeitung ausgesprochene Vermutung, daß entgegen der früheren Ansicht doch noch vor dem 1. September ein Ministerrat stattfinden soll. „Matin“ erklärt, daß die Mitglieder der Regierung die Aufforderung erhalten haben, am 23. August einem Ministerrat beizuwohnen, und daß in der Aufforderung darauf aufmerksam gemacht wird, daß die tatsächliche Anwesenheit sämtlicher Minister unerlässlich sei. Diese unerwartete Einberufung eines Ministerrates, so fährt das Blatt fort, und die ungebührliche Erhöhung der Anwesenheit der tatsächlichen Anwesenheit der Minister lassen die Vermutung aufkommen, daß im Verlauf der Beratungen der Ministerpräsident seine Kollegen mit nicht nur dringlichen sondern auch besonders wichtigen Problemen zu befaßen haben wird.

Neuregelung der Beamtenlaufbahnen.

Der Reichsminister des Innern hat die Beamtenverbände zu einer Konferenz auf den 18. September eingeladen, um eine Besprechung über Änderungen der Richtlinien für die Regelung der Reichsbeamtenlaufbahnen herbeizuführen. Diese Angelegenheit beschäftigt die Reichsverbände, die Landesregierungen und die Beamtenverbände schon seit Jahren. Eine endgültige Beschlussfassung durch die Reichsregierung hat aber bisher nicht stattgefunden, weil mit der Möglichkeit gerechnet werden mußte, daß durch das damals in Vorbereitung befindliche neue Besoldungsgesetz Änderungen notwendig werden würden. Nachdem nun das Reichsbesoldungsgesetz in Kraft getreten ist, ist der Zeitpunkt gekommen, um die erforderlichen gewordenen Änderungen der Richtlinien zum Abschluß zu bringen.